

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) verlangt zudem von den zuständigen Politikern in Bund und Ländern, diese Probleme endlich offen zu thematisieren und einen wirklichen Dialog mit der Öffentlichkeit zu führen. Angesichts der zunehmenden Sicherheitsrisiken müsse unter Beteiligung der Menschen an den Zwischenlagerstandorten ein neues Zwischenlager-Konzept entwickelt werden. Das „nein“ des Bundesamtes zu einer Beteiligung der Öffentlichkeit an den anstehenden Genehmigungsverfahren zur Einlagerung von Castor-Behältern aus der Wiederaufarbeitung in die Zwischenlager Biblis, Brokdorf, Philippsburg und Isar sei skandalös. Der BUND fordert diese Genehmigungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Die Broschüre „Zwischenlagerung für hochradioaktive Abfälle – Sicherheit bis zur Endlagerung“ befindet sich auf der BfE-Homepage zum Download unter [https://www.bfe.bund.de/DE/bfe/mediathek/mediathek\\_node.html](https://www.bfe.bund.de/DE/bfe/mediathek/mediathek_node.html)

## Atommüll-Lagersuche

# 129 Landkreise und kreisfreie Städte können betroffen sein

## Deutschlandkarte der betroffenen Gebiete

Die Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt hat eine Deutschlandkarte veröffentlicht, in der 129 Landkreise und kreisfreie Städte eingezeichnet sind, die von der Suche nach einem tiefeingeologischen Lager für wärmeentwickelnden Atommüll betroffen sein können, da es auf ihrem Gebiet oder in direkter Nachbarschaft entsprechende Gesteinsformationen gibt. Der Suchprozess für ein

solches langfristiges Lager wurde 2017 mit dem Standortauswahlgesetz (StandAG) neu gestartet und soll bis 2031 abgeschlossen sein.

„Da die Suche laut Gesetz auf Regionen mit Salz-, Kristallin und Tonvorkommen begrenzt ist, ergeben sich daraus erste Anhaltspunkte, welche Gebiete betroffen sein können“, erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt. „Aufgrund vorhandener Studien der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe haben wir die Regionen identifiziert, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit davon ausgehen können, in die Suche einbezogen zu werden. Wichtig ist uns der Hinweis, dass die in der Karte eingezeichneten Regionen noch nicht von offizieller Seite ausgewählt sind, jedoch aufgrund ihrer geologischen Voraussetzungen potenziell für das Standortauswahlverfahren infrage kommen.“

Wir veröffentlichen die Karte bereits jetzt, damit Betroffene sich frühzeitig informieren können und selbst aktiv werden. Denn das vom Bundestag beschlossene Standortauswahlverfahren gibt den Menschen in den entsprechenden Regionen keine Mitbestimmungsrechte. Wir fordern: Die Menschen, die am Ende mit dem Risiko leben müssen, dürfen nicht übergangen werden.“

Die Karte und die Liste der betroffenen kreisfreien Städte können abgerufen werden unter <https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/standortsuche/?tab=3>

## Atommüll

# Neue Salzstudie gefordert

## NBG-Vorsitzender Töpfer war schon einmal Auftraggeber

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) drängt darauf, dass ein

„besonders düsteres“ Kapitel der Gorleben-Geschichte in den Fokus des Nationalen Begeleitgremiums (NBG) gerückt wird: es geht um eine Studie des Bundesamtes für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) aus dem Jahr 1995, in der mögliche Salzlagerstätten auf ihre Eignung als nukleares Endlager für hochradioaktiven Müll ausgewiesen wurden.

Pikant: Auftraggeber war damals ausgerechnet Professor Dr. Klaus Töpfer, heute einer der beiden Vorsitzenden des NBG. Die BI möchte, dass sich auch das NBG, das die Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle moderieren soll, mit den Fehlern der bisherigen Endlagersuche befasst, zumal einer dieser historischen „Fehler“, nämlich die jahrzehntelange Festlegung auf den Salzstock Gorleben-Rambow, in die Gegenwart und Zukunft hineinragt: das Standortauswahlgesetz (StandAG) zementiere nämlich diese Fehler durch das Festhalten an Gorleben, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Als ein besonders anschauliches Beispiel für die Trickereien in der Gorleben-Geschichte gilt jene BGR-Salzstudie. Sie wurde 1992 vom damaligen Umweltminister Klaus Töpfer beauftragt und 1995 von der nachfolgenden Umweltministerin Angela Merkel der Öffentlichkeit vorgestellt.

Töpfer hatte 1992 darauf bestanden, nach der Wiedervereinigung alle Salzformationen in Deutschland geologisch zu vergleichen. Gorleben blieb bei dem Vergleich aber außen vor: Es sollten Ersatz- oder Reserve-Standorte gesucht werden, falls Gorleben sich als ungeeignet erweist.

Die BGR-Studie führte zu einer Liste mit einer Rangordnung von untersuchungswürdigen, weniger untersuchungswürdigen und nicht untersuchungswürdigen Standorten. Bei der Vorstellung der Ergebnisse verstieg sich die

Töpfer-Nachfolgerin Merkel zu der Behauptung, die durch keinen Satz der Studie zu belegen war, es gebe keinen besseren Standort als Gorleben: „Gorleben bleibt 1. Wahl“. Im Süd-West-Funk (SWF3-Interview vom 18.7.1995) äußerte Merkel dies noch drastischer: „Die Studie hat ergeben, dass es keinen besseren Standort gibt als Gorleben“.

Schriftlich fordert der BI-Vorsitzende Martin Donat nun, dass das NBG eine Studie in Auftrag geben möge, in der die geologischen Daten aller Salzstöcke Deutschlands, also auch des Salzstocks Gorleben-Rambow, nach den 1995 geltenden und angewandten Kriterien verglichen und bewertet werden. „Das wäre ein Akt der Fairness und würde der Öffentlichkeit klar machen, wie falsch es ist, an Gorleben festzuhalten“, sind sich die Gorleben-GegnerInnen sicher. ●

## Atommüll

# Atomares Erbe

## Herausforderung für die nächste Generation

## Sommerakademie vom 7. bis 11. August 2018 in Karlsruhe

Vom 7. bis 11. August 2018 findet die diesjährige Sommerakademie des Projektes atomuellreport.de statt. Sie richtet sich an Studierende und junge Akademikerinnen und Akademiker aller Fachrichtungen. Schwerpunkt der diesjährigen Tagung in Karlsruhe ist der Rückbau der Atomanlagen und die Zwischenlagerung des Atommülls. Zudem werden die verschiedenen Entsorgungsoptionen diskutiert. Im Rahmen der Sommerakademie findet eine Exkursion zur Kerntechnischen Entsorgung Karlsruhe (KTE) statt. Auf dem Gelände der KTE befindet sich das